

Aktionsplan für Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, für Selbstbestimmung und gegen Homo- und Transphobie in Brandenburg

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TOP 3

Donnerstag

13 Uhr

5 min

Anrede

Es ist noch nicht einmal einen Monat her (am 17. Mai), da haben wir gemeinsam vor dem Landtag die Regenbogenfahne gehisst. Anlass war der „Internationale Tag gegen Homophobie und Transphobie“.

Wir haben alle gemeinsam deutlich gemacht: Jeder Mensch hat das Recht, sein Leben so zu leben, wie er es möchte.

Ja, Wir stehen für Vielfalt statt Einfalt. Dieses Signal, welches wir gemeinsam gesetzt haben, soll mit diesem Antrag unterstrichen werden.

Sowohl die LINKE, SPD als auch Bündnis 90/ Grüne sind seit längerem mit dem Lesben- und Schwulenverband und weiteren Vereinen im Gespräch. Ihre Forderung nach einem landesweiten Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie in Brandenburg nehmen wir ernst. Was sie hier mit unserem Antrag sehen. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, einen Aktionsplan für mehr Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt zu erarbeiten. Wir erwarten, dass dies unter Einbeziehung der Verbände und Vereine für LesBi-Schwule & Trans-Belange erfolgt.

Ich freue mich, dass wir heute über einen gemeinsamen Antrag diskutieren und bitte Sie jetzt schon um Zustimmung.

Dabei fangen wir nicht bei Null an: Das politische Engagement der letzten Jahrzehnte in Brandenburg und deutschlandweit hat sich gelohnt. Queeres Leben in der Gesellschaft wird zunehmend akzeptiert. Dennoch gehören doch Gewalt und Anfeindungen nach wie vor zur Erfahrung vieler Schwulen und Lesben. Ihre stärkere Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit empfinden immer noch Menschen als Provokation. Es reicht, wenn sie Hand in Hand die Straße entlang gehen.

So lange für Schwule, Lesben und Transidente immer noch Beleidigungen, Pöbeleien und gewalttätigen Übergriffen zu ihren Alltagserfahrungen gehören, ist es wichtig die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und Zeichen zu setzen für ein respektvolles Miteinander.

Aktionsplan für Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, für Selbstbestimmung und gegen Homo- und Transphobie in Brandenburg

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TOP 3

Donnerstag

13 Uhr

5 min

Homophobie bzw. Feindseligkeit gegenüber Homo- und Transsexuellen geht uns alle an. Das ist doch nicht nur ein Angriff auf die Grundwerte unserer Gesellschaft, das ist auch ein Angriff auf Menschen. Mit unserer Verfassung haben wir klar gestellt, dass kein Mensch aufgrund seiner sexuellen Identität benachteiligt werden darf – ebenso, wie wir Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Abstammung, der Nationalität, der Sprache, der sozialen Herkunft oder Stellung oder einer Behinderung verbieten. Diesem Grundsatz fühlen wir uns als LINKE verpflichtet. Wir werden im Alltag jeglicher Form von Diskriminierung entgegentreten und engagieren uns für Anerkennung und Respekt gegenüber Schwulen, Lesben und Transidenten und werden dafür kämpfen.

Dazu gehört für uns auch, dass Diskriminierung und vorurteilsmotivierte Kriminalität wirksamer bekämpft werden müssen. Die Brandenburger Polizei hat einen Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen benannt, der vor allem für schwule, lesbische, bisexuelle und transsexuelle Gewaltopfer sowie für Initiativen und Organisationen, die sich der Aufklärung und Prävention widmen, da ist.

Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, um Vertrauen aufzubauen und die Anzeigebereitschaft bei vorurteilsmotivierten Straftaten zu erhöhen.

Anrede

Mit dem geforderten Aktionsplan wollen wir die gesellschaftliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans*, transgender und intersexuellen sowie queeren Menschen mit verschiedenen Maßnahmen vorantreiben. Das Sozialministerium und die Landesgleichstellungsbeauftragte haben die besonderen Bedarfe der Betroffenen im Blick. Aber machen wir uns nichts vor, es ist eine ressortübergreifende Aufgabe.

Aktionsplan für Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, für Selbstbestimmung und gegen Homo- und Transphobie in Brandenburg

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TOP 3

Donnerstag

13 Uhr

5 min

Die Lebenssituation von Lesben, Schwulen und Transidenten kann mittel- und langfristig nur dann nachhaltig verbessert werden, wenn es flächendeckend gelingt, regionale Strukturen zu schaffen und dauerhaft zu verankern. Das ist nicht allein Aufgabe der Landesregierung, hier sind auch die Landkreise, Kommunen und Zivilgesellschaft gefordert.

Wie so oft unterscheiden sich die Bedingungen für Lesben, Schwule und Transidente im Berliner Umland gänzlich von denen im ländlichen Raum. Gerade die Lebenssituation von jungen Lesben und Schwulen ist teilweise schwierig und von selbstgewählter Isolation geprägt. Hier müssen Akzeptanz, Respekt, Wertschätzung wachsen.

Im Kampf gegen Vorurteile und Diskriminierung braucht man einen langen Atem. Diesen Atem haben wir.

Wir setzen uns ein für Gleichstellung und bessere Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Die Erarbeitung und spätere Umsetzung des Aktionsplanes wird dafür ein wichtiges Signal sein. Wir wollen, dass dieser Aktionsplan ein gemeinsamer Plan von Regierung und selbstbestimmten Organisationen wird. Das braucht Zeit für gemeinsames Suchen der richtigen Wege. Deshalb haben wir als Termin Ende 2017 vorgeschlagen. Gleichzeitig wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen weiterhin für eine aktive Gleichstellungspolitik und für die Abschaffung noch bestehender Diskriminierungen einzusetzen.